



## Zwei Volksinitiativen – ein Ziel

- 1. Die Stadt und ihre Unternehmen verkaufen keine Grundstücke und Wohnungen mehr**
- 2. Auf öffentlichem Grund gebaute Wohnungen haben eine Anfangsmiete wie Sozialwohnungen (1. Förderweg), d. h. 6,80 Euro netto/kalt, die um maximal 2% jährlich steigen darf. Die Mietpreisbindung gilt, anders als bei Sozialwohnungen, dauerhaft.**

Das sind die beiden Forderungen der Volksinitiativen KEINE PROFITE MIT BODEN UND MIETE! Die genauen Abstimmungstexte und viele weitere Informationen stehen auf der Website der Volksinitiativen:

**<https://keineprofitemitbodenundmiete.de/>**

Wir reagieren damit auf die seit 30 Jahren andauernde Privatisierung von Boden und Wohnungen. Seitdem sind “städtische Immobilienmärkte ... zum Tummelplatz nationaler und internationaler Investoren jeder Couleur geworden“, wie wir in den Begründungen der Volksinitiativen feststellen. Millionen Wohnungen bundesweit, in die Milliarden Steuergelder geflossen waren, wurden privatisiert. Sie landeten zum großen Teil – oft nach mehreren Weiterverkäufen – in der Hand von Rendite optimierenden Unternehmen wie Vonovia oder Deutsche Wohnen. Die Folgen der Privatisierungspolitik sind vielfältig: Luxussanierung und Vernachlässigung von Wohnungen, Abriss von günstigen und stattdessen Bau von teuren Wohnungen oder auch trotz Baugenehmigung nicht zu bauen und auf die Steigerung des Bodenpreises zu spekulieren. Privatisierung und die zunehmende Rolle von Investmentgesellschaften (z. B. BlackRock) sind die Hauptursachen, sind das Kernproblem.

Zugleich geht die Zahl der Sozialwohnungen stark zurück. Waren es vor zehn Jahren noch 100.000, 2021 noch 76.000 – mit sinkender Tendenz. Die seit 2011 gebauten

75.000 Wohnungen haben die Situation nicht verbessert – im Gegenteil. Denn nur 25% waren Sozialwohnungen (1. Förderweg). Aber auch die sind nur 15-30 Jahren preisgebunden und werden danach den preistreibenden Marktmechanismen unterworfen. Der Bau von vielen teuren Miet- und Eigentumswohnungen hat zudem die Preise in die Höhe getrieben.

## **Die Volksinitiativen**

Im Oktober 2020 haben wir – trotz Pandemie – mit jeweils über 14.000 deutlich mehr Unterschriften abgegeben als die erforderlichen 10.000 gültigen.

Der nächste Schritt ist nun das Volksbegehren. Dafür müssen binnen drei Wochen 5% der wahlberechtigten Hamburger:innen unterschreiben. Ein Kraftakt, aber machbar – wenn wir tatkräftige Unterstützung von euch bekommen.

Das Volksbegehren wird voraussichtlich im Frühjahr/Frühsummer 2022 stattfinden. Vorher ist eine große Kampagne mit Tausenden Plakaten mit vielen Infoständen, -zig Tausenden Gesprächen usw. notwendig, um die Hamburger:innen mit unseren Forderungen vertraut zu machen.

Das alles wird viel Arbeit machen und viel Geld kosten.

**Wir brauchen deine Unterstützung!**

**Hilf uns, die Kampagne voran zu treiben.** Informiere dich auf unserer Website und nimm an den Aktiventreffen teil, die dort angekündigt werden. Trage dich dort in unsere Mailingliste ein. Schreibe uns, wenn du Fragen oder Vorschläge hast. Organisiere – gern mit unserer Hilfe – Diskussionen zur Boden- und Wohnungspolitik.

Wenn du in einer Initiative, Organisation aktiv bist, rege dort an, dass sie uns unterstützt.

**Wir brauchen auch viel Geld.** Jede Spende hilft.

Bitte spende auf das Anderkonto von  
Rechtsanwalt Marc Meyer bei der HASPA:  
IBAN: DE55 2005 0550 1500 7084 49

Email: [info@keineprofitemitbodenundmiete.de](mailto:info@keineprofitemitbodenundmiete.de)  
[www.keineprofitemitbodenundmiete.de](http://www.keineprofitemitbodenundmiete.de)

V.i.S.d.P.: G. Siegler, Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und Miete“,  
c/o Mieterverein zu Hamburg, Beim Strohhouse 20, 20097 Hamburg,